

Freies Bayern

Parteiorgan der Bayernpartei

Landtagswahl 2008



Florian Weber,
Landesvorsitzender.

Für Bayerns Zukunft!

Die Landtagswahlen im Herbst werden schon jetzt mit großer Spannung verfolgt: Braucht die CSU einen Partner? Kommt es zu einer Viererkoalition? Oder ist vielleicht gar Schwarz-grün möglich? Heißt der SPD-Spitzenkandidat wirklich Obama?

Die **Bayernpartei** will dagegen eine wirkliche Alternative jenseits von Koalitions- und Personalfragen darstellen. Bayern ist unsere Heimat, wir stehen zu diesem Land! Wir wollen die Demokratie wieder zu einer echten Volksherrschaft machen und dem Einparteienstaat ein Ende machen. Wir wollen, dass Bayern erfolgreich bleibt und der Wohlstand, den sich die bayerischen Bürger in den letzten Jahrzehnten erarbeitet haben, nicht gefährdet wird.

Hierzu gehört gerade auch ein **Schulsystem**, das jeden nach seinen Fähigkeiten fördert und fordert und auf einen späteren Beruf oder ein Studium vorbereitet. Dazu brauchen Schüler wie Lehrer aber ein verlässliches Fundament – mit uns wird es keine permanenten Änderungen in Lehrplänen, überstürzte Schulzeitverkürzungen und Gesamtschulexperimente geben.



BAYERNPARTEI

Andererseits muss aber auch die ältere Generation und ihre Lebensleistung gewürdigt werden. Hierzu gehört ein an den Beiträgen orientiertes **Rentensystem** und eine Teilhabe der Senioren an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Renten sind jahrzehntelang erarbeitete Ansprüche

und keine staatlichen Almosen!

Umgekehrt hat sich im Laufe der Zeit ein **Sozialstaat** etabliert, der die wirklich Bedürftigen an Formalitäten scheitern lässt, aber den Hartknäckigen, Raffinierten und Unehrliehen kaum etwas entgegengesetzt.

Mit Sorge betrachten wir auch den aktuellen Trend, **Überwachung** und **Bevormundung** der Bürger immer weiter auszubauen.

Bayern darf nicht länger nur Befehlsempfänger Berlins und der **EU-Bürokratie** sein, sondern muss vor Ort alle wichtigen Entscheidungen unter Einbeziehung der Bürger treffen können. Geben Sie uns am 28. September die Chance, Bayern mitzugestalten und wählen Sie mit beiden Stimmen die Bayernpartei.

Vergelt's Gott!

Inhalt:

Vergleich CSU/BP	2	Landtagskandidaten	9
Steuerrecht/Mittelstand	4	Eigenstaatlichkeit	10
Schon gewusst...?	5	Grüne Gentechnik	11
Gesundheitsfonds	6	Pendlerpauschale	13
51 Jahre CSU	7	Im Zweifel verdächtig	14
Erbschaftssteuer	8	Mehr Mitbestimmung	16

Blick über den Tellerrand

Dieser Ausgabe des „Freies Bayern“ soll keine reine Mitgliederzeitung sein, sondern auch über die politischen Zielsetzungen der Bayernpartei informieren. Dabei beruht der Grundgedanke unserer Partei auf dem Prinzip der Subsidiarität und damit der Vorstellung, dass politische Entscheidungen wieder näher am Menschen getroffen werden müssen um eine freie, auf positiven Traditionen, sozialer Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung ruhende Gesellschaft zu erreichen.

Dieser Gedanke spiegelt die Idee des demokratischen Regionalismus wieder und ist in Europa weit verbreitet. So konnte z. B. erst jüngst unsere schottische Partnerpartei die SNP bei



Nachwahlen im schottischen Glasgow, den Sitz im britischen Unterhaus, der über 60 Jahre bei der Labour Partei lag, erobern und so ihre beeindruckenden Wahlerfolge fortführen.

Dieses Beispiel zeigt, dass Veränderungen auch in scheinbar zementierten politischen Verhältnissen möglich sind, wenn sich die Politik zu weit von den Bürgern entfernt hat. Die Menschen in Bayern haben eine positive Entwicklung verdient! Bei der Landtagswahl ist die Bayernpartei die einzige politische Kraft, die dieses Prinzip vertritt.

Direkter Vergleich: Bayernpartei - CSU

1. Steuern:

CSU: Die Partei möchte die alte Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an wieder einführen, das Kindergeld und den Kinderfreibetrag anheben. Außerdem soll der Grundfreibetrag erhöht und der Eingangsteuersatz gesenkt werden.

BP: Die Bayernpartei fordert eine Senkung der Mineralölsteuer und die vollkommene Abschaffung der Ökosteuer. Um junge Familien zu entlasten fordert die BP die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, außerdem fordern wir eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Kinderbekleidung und Kindernahrung auf 7 %. Der steuerfreie Grundbetrag soll 10.000 € betragen, danach soll der Steuersatz linear von 15 bis auf höchstens 35 % ansteigen.

2. Bildung

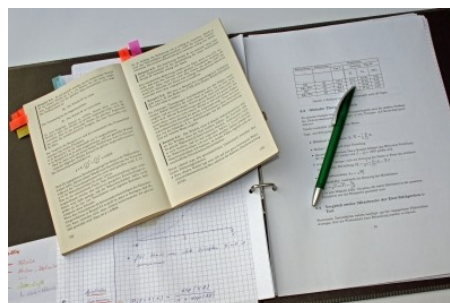


Bild: pixelio.de, Henry Klingberg

CSU: Die CSU tritt für den unveränderten Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems mit Haupt-Realschule und Gymnasium ein. Im G8 wird ein Schuljahr eingespart, ohne dass der

Lernstoff planvoll gekürzt wird. Anerkannte Abschlüsse (Diplom, Staatsexamen) sollen durch internationale Schmalspurstudiengänge (Bachelor, Master) ersetzt werden.

BP: Die BP fordert eine breitgefächerte Begabtenförderung in einem Schulsystem, in dem Leistung zählt, und in dem Schüler, Lehrer und Schulverwaltung gleichermaßen gefordert sind. Sie tritt für das dreigliedrige Schulsystem ein und lehnt die Gesamtschule als Regelschule ab. Bayerische Geschichte soll einen höheren Stellenwert erhalten, das Kreuzifix im Klassenzimmer soll erhalten bleiben. Die BP fordert ferner die Rückkehr zum G9. Der vielbeklagte Stress unserer Kinder ist auch auf die verfehlte Schulpolitik der Staatsregierung zurückzuführen. Die Benachteiligung Dialekt sprechender Kinder muss ein Ende haben. Das BAFöG ist elternunabhängig zu gestalten, bewährte Abschlüsse dürfen nicht der Internationalisierung geopfert werden.

3. Wissenschaft und Forschung

CSU: Die CSU will 1,5 Milliarden Euro in Hochschulen und Forschung investieren. Bis zum Jahr 2020 sollen die Forschungsausgaben 3,6 % des Bruttoinlandsproduktes betragen. 235 Millionen Euro sollen in den Bau und die Modernisierung von Hochschulen fließen,

es sollen zudem 38.000 neue Studienplätze geschaffen werden.

BP: Jeder bayerische Abiturient hat ein Recht auf einen Studienplatz in unserem Freistaat und muss bei der innerbayerischen Studienplatzvergabe bevorzugt werden, der Vertrag zur bundesweiten Zentralen Vergabestelle für Studienplätze soll gekündigt werden. Bayerns Elite soll auch in Bayern studieren und damit für Bayern erhalten bleiben. Forschung und Lehre sollen im Universitätsalltag stärker getrennt werden, damit jeder Bereich besser nach seinen Bedürfnissen arbeiten kann.

4. Familien:

CSU: Von 2013 an soll das Betreuungsgeld für Eltern, welche ihre Kinder zu Hause betreuen, eingeführt werden. Mittelfristig plant die CSU ein kostenloses Kindergartenjahr.

BP: Kindergartenplätze sind nachfragegerecht ab dem Alter von 4 Jahren bereit zu stellen. Verlängerte Mittagsgruppen für berufstätige Eltern sind zu bilden, auch in den Schulen ist Mittagsbetreuung durch qualifiziertes Personal zu gewährleisten. Wir fordern angesichts vermehrter Unfälle einen Sitzplatz für jedes Kind im Schulbus. Die Beseitigung kindbedingter Armut durch hohe steuerliche Entlastungen ist dringend notwendig. Zusätzliche Renten- und Pflegeversicherungspunkte für die Erziehung von Kindern sind zu gewährleisten. Familienent-

lastende Dienste wie Familienunterstützung und Vorsorge und Rehabilitation für Mütter und Kinder sowie besondere Hilfe für Familien in schwierigen Lebenslagen müssen gefördert werden. Der Schutz des ungeborenen Lebens und Hilfe und Beratung bei Schwangerschaften muss durch den Staat propagiert werden.



Bild: pixelio.de, S. Hofschläger

5. Migration

CSU: Ein an der bundeseinheitlichen deutschen Leitkultur orientiertes Zehn-Punkte-Programm soll die Integration von Ausländern erleichtern. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, müsse die deutsche Kultur- und Werttradition achten. Auf bayerische Spezifika wird nicht eingegangen.

BP: Für die BP ist es selbstverständlich, dass sich der Wert des Menschen unabhängig von Religion, Nationalität, Rasse und Geschlecht ergibt. In der Frage der Integration der zum Teil schon seit Generationen bei uns in Bayern lebenden Ausländern sieht es die BP in erster Linie als deren Pflicht an, sich zu integrieren und nicht als Pflicht des Staates oder der einheimischen Bevölkerung. Ausländer sollen sich nach einer Übergangsfrist von wenigen

Jahren entscheiden müssen, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder Bayern mit allen Rechten und Pflichten werden wollen. Die bayerische Staatsangehörigkeit ist daher nur den Migranten zu verleihen, welche über einen einwandfreien Leumund, und über gute einheimische Sprachkenntnisse verfügen. Sie sollten sich auch ohne Einschränkung dem Freistaat Bayern und dessen Kultur zugehörig fühlen. Dies schließt die doppelte Staatsbürgerschaft aus.

6. Energie

CSU: Die CSU fordert, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Gleichzeitig soll der Anteil an erneuerbaren Energien von zehn auf zwanzig Prozent erhöht werden.



Bild: pixelio.de, setcookie.

BP: Die BP fordert mittelfristig von der zentralen Stromversorgung aus Großkraftwerken wegzukommen. Die BP fordert die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger wie Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie Biomasse und Geothermie. Wir fordern den Ausstieg aus der Kernenergie, sobald eine Stromversorgung durch einheimische, kostengünstige und alternative Energien gewährleistet werden kann.

4 – Landtagswahl 2008

7. Landwirtschaft

CSU: Die CSU fordert keine Erhöhung der Milchquote bis 2015. Die Subventionssystematik in der Landwirtschaft soll weitgehend unverändert fortgeführt werden.

BP: Wir fordern für unsere Landwirte eine Loslösung von den Almosen von Bund und EU durch eine gerechte, leistungsbezogene Preispolitik, keine Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU durch ungleiche Subventionen, die Förderung und Erhalt von Familienbetrieben sowie eine Sicherstellung ihrer Altersversorgung. Nein zum Anbau genmanipulierter Pflanzen auf bayerischem Boden.

8. Steuern und Finanzen

CSU: „Mehr Netto für alle.“

BP: Keine unhaltbaren Versprechungen, dafür ein transparente-

res und gerechteres Steuersystem nach Prof. Kirchhof, das Leistungsfähigkeit besteuert, aber Leistungswilligkeit nicht bestraft. Verringerung von Subventionen und Ausnahmen. Durch eine Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und eine Loslösung aus dem Steuersystem der Bundesrepublik würden enorme Mittel für die bayerische Bevölkerung frei.

die fränkische BAYERNPARTEI
weiß-blau denkend
mit rot-weißem Herz!
Dörf's eweng was annersch sei?
Autonomie für Franken!
www.bayernpartei.de

9. Innerbayerischer Föderalismus

CSU: Keine Änderungen – der Landtag soll weiterhin sämtliche Gesetze einheitlich für ganz Bayern beschließen. Die Bezirke, Landkreise und Gemeinde fungieren hauptsächlich als Befehlsempfänger der Staatsregierung und sind von deren Finanzierung abhängig.

BP: Die Bayernpartei will den Föderalismus innerhalb Bayerns stärken und den fränkischen, schwäbischen und altbayerischen Regionen eine weitgehende Autonomie und Selbstbestimmung ermöglichen. Dezentrale Entscheidungsstrukturen sollen es ermöglichen, die Menschen vor Ort mitbestimmen zu lassen, statt zentral über ihre Köpfe hinweg zu regieren. Was die niedrigere Ebene zufriedenstellend für sich lösen kann, soll die höhere nicht an sich ziehen dürfen.

Steuerrecht vereinfachen!

Sowohl von der Regierung Schröder als auch von der Regierung Merkel wurden sogenannte Steuerreformen vorgelegt, die aber das Grundübel des deutschen Steuerrechtes, nämlich seine übergroße Komplexität, nicht beseitigen konnten. Das deutsche Steuerrecht besteht aus über 70.000 Einzelschriften; 80 % der weltweit vorhandenen Literatur über Steuerrecht ist in deutscher Sprache geschrieben. Diese Komplexität ist systembedingt und nimmt bei jeder Steuerreform weiter zu. Unser Ziel ist ein einfaches Steuergesetz, aufgrund dessen jeder Bürger seine Steuererklärung selbst machen kann. Jeder sollte einen festen Steuersatz auf sein erzieltetes Einkommen entrichten, der nicht höher sein darf als ein Drittel seines Einkommens. Vorhandene Steuerschlupflöcher sollten weitgehend abgeschafft werden.

Mittelstand fördern!

Dem Zusammenschluss von Unternehmen zu immer größeren, den Markt beherrschenden Konzernen muss entgegengewirkt werden. Nur ein gerechter Wettbewerb kann den Wohlstand in der sozialen Marktwirtschaft gewährleisten. Dazu ist es unbedingt notwendig, dass den kleinen und mittelständischen Betrieben der Zugang zu günstigen Krediten nicht verwehrt wird. Die großen Risiken für die Banken entstehen nicht durch die Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben, deren Risiken sich insgesamt aufheben, sondern durch großwahnsinnige Entscheidungen von Bankern und Politikern, wie beispielsweise im Fall der Bayerischen Landesbank. Die Subventionierung von Großbetrieben, die dann später doch ihr Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, hat sich insgesamt nicht bewährt.

Keine Zukunft für Bayern (I) – CSU

Die CSU hat abgewirtschaftet. Das wissen die bayerischen Bürger und das bestreitet sie mittlerweile kaum noch selber.

Die Stoiber-Ablösung war eine Notwendigkeit, das hat die CSU schließlich auch selber eingesehen. Aber die Art, wie sie durchgesetzt wurde war schäbig, sie war eines bayerischen Ministerpräsidenten einfach unwürdig. Wer unser Land 14 Jahre geführt hat, hat einen solchen heimtückischen Anschlag aus den eigenen Reihen auf seine Person und sein Amt nicht verdient. Das sagen wir bei aller politischen Kritik, die wir als BP an Edmund Stoiber geübt haben.

Ihm folgte das Tandem Huber-Beckstein, das für Bayern außer Chaos noch nichts bewegt hat. Die verkürzte Schulzeit, das Rauchverbot, der Transrapid, das Landesbank-Desaster, Gentechnik auf bayerischen Äckern, Milliardenzahlungen an den Gesundheitsfonds – bei all diesen Themen hat die Staatsregierung gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung entschieden. Wo es dann populistisch schien, hat man entweder unbeholfen zurückgerudert oder die Schuld bei anderen gesucht.

Und je orientierungsloser die Staatsregierung nach außen wirkt, umso weniger Einfluss hat der Freistaat in Berlin und Brüssel. Dabei wäre

es gerade wichtig, nun die Fremdbestimmung durch den Bund und durch die Europäische Union zurückzuschrauben.

Die Bayernpartei ist stolz auf dieses Land und will seine Souveränität, sein Ansehen, seinen Wohlstand, seine Gesellschaftsstruktur und seine Kultur erhalten. All das können wir nicht länger nur einer Partei überlassen.

Natürlich hat die CSU auch ihre Verdienste um dieses Land, das kann man nicht bestreiten. Aber sie hat weder den weiß-blauen Himmel noch die Berge erfunden und den Starnberger See gab es auch schon vor Hanns Seidel. Und vor allem haben sich die Bayern ihren Wohlstand selbst erarbeitet – den Fleiß der Bürger sollte sich keine Partei ans Revert heften.

In den letzten Jahren zeigt sich dagegen immer mehr, dass die CSU in erster Linie ihre eigenen Vorteile im Blick hat: ein Amt in Berlin, Frieden in der Koalition, ein gutes Auskommen mit der CDU und vor allem den Machterhalt.

Diese Macht braucht Kontrolle, sie braucht ein starkes und glaubhaftes Gegengewicht. Dass die in Bayern etablierten Parteien dieses Gegengewicht nicht sein können, möchten wir Ihnen auf den folgenden Seiten erläutern.

Schon gewusst...?

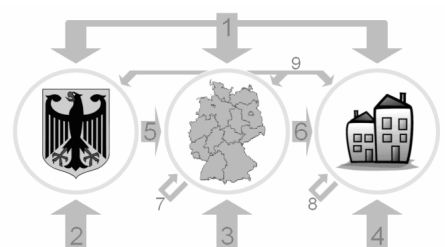
Ungefähr die Hälfte des Steueraufkommens in Bayern geht direkt an den Bund.

Von der Lohn- und Einkommensteuer sind es 42,5 Prozent, von der Körperschaftsteuer 50 %, von der Umsatzsteuer mit 51,4 % gar mehr als die Hälfte. Hinzu kommen noch fast 90 Mrd. Euro, die direkt an den Bund fließen; Bayern erhält an

Landessteuern dagegen nur gut 3 Mrd. Euro pro Jahr.

Ein unabhängiges Bayern könnte – eine sparsame Haushaltsführung vorausgesetzt – auf große Teile dieser Steuern verzichten und damit seine Bevölkerung entlasten. Das wären insgesamt ca. 1500 bis 2000 Euro pro Bürger, die zu besserer Bildung, Infrastruktur oder einfach

zu niedrigeren Steuern beitragen könnten.



Der innerdeutsche Finanzausgleich.
Bild: Wikipedia, Steuerkarussell.png

Gegen Rationierung und Verschwendung – Nein zum Gesundheitsfonds!

Der von der Bundesregierung geplante Gesundheitsfonds stößt bei der Bayernpartei auf heftige Kritik. Deren Landesvorsitzender Florian Weber äußerte Zweifel am Sinn des Fonds, weil er vor allem für die bayerischen Versicherten unzumutbare Benachteiligungen mit sich bringen würde. Durch den einheitlichen Beitragssatz, der voraussichtlich bei 15,5 % liegen wird, würde der Beitrag für fast alle Versicherten erheblich ansteigen. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Beitragssatz aller gesetzlichen Krankenkassen liegt derzeit bei etwa 13,9 %. Trotzdem würde er die Qualität der medizinischen Versorgung gerade in Bayern verschlechtern.



Bild::pixelio.de, Siggibau.

Auch der von Ulla Schmidt erhoffte Effekt, der Fonds werde den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen fördern, wird nicht eintreten. Finanziell klamme Kassen werden zunächst einmal bei den freiwilligen Leistungen sparen, bevor sie von ihren Mitgliedern einen zusätzlichen Sonderbeitrag einfordern müssen. Die Verhältnisse werden durch den Gesundheitsfonds unnötig zementiert: Die

Beitragshöhe wird allen Krankenkassen diktiert und die Leistungen werden von Kasse zu Kasse nur minimal differieren.

Der Gesundheitsfonds ist aber nicht nur überflüssig. Er wird die heute schon bestehende Undurchschaubarkeit des Gesundheitswesens verstärken und die Planwirtschaft erweitern. Zur Verteilung der Gelder muss eine neue Behörde geschaffen werden, die weitere Bürokratie und auch Kosten nach sich ziehen wird. Der geplante Morbiditäts-Risikostrukturausgleich, der Krankenkassen mit überdurchschnittlich vielen Kranken stärker berücksichtigen soll, wird Innovationen im Vorsorgebereich ausbremsen, weil er Krankheiten bezuschusst und für Vorsorgeleistungen kein Geld mehr übrig sein wird.

SPD, CDU und CSU planen zudem, die Honorare der Ärzte bundesweit anzugleichen. Jeder Arzt soll für eine Behandlung das gleiche Honorar bekommen, unabhängig davon, ob er seine Praxis in Mecklenburg-Vorpommern oder in Bayern betreibt. Beiträge in Milliardenhöhe aus Bayern sollen noch mehr als bisher für ärztliche Leistungen in strukturschwachen Gebieten verwendet werden. Eine Arztpraxis in Bayern dagegen wird sich schon bald nicht mehr rechnen, die medizinische Versorgung in Bayern wird sich durch den Gesundheitsfonds verschlechtern. Schon jetzt tra-

gen bayerische Beitragszahler aufgrund des höheren Lohnniveaus überdurchschnittlich zu den Sozialkassen bei. Eine nochmalige Erhöhung dieser Transferleistungen wäre nach Ansicht der Bayernpartei höchst unfair und würde die Grenze zwischen Solidarität und Ausnutzung bei Weitem überschreiten.

Wahlirrtümer (I)

„Ich kann taktisch wählen.“

Richtig ist: Die Wahlmathematik ist derart kompliziert, dass es vor der Wahl praktisch unmöglich ist, die genaue Wirkung seiner Stimme taktisch auszuwählen. Am sichersten ist es immer noch, für die Partei zu stimmen, von deren Grundsätzen man überzeugt ist.

Sie fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, die Einführung des Gesundheitsfonds noch einmal zu überdenken. Innovative Gesundheitspolitik und eine stärkere Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Gegebenheiten würden der sozialen Gerechtigkeit eher dienen, statt in sturem Aktionismus eine Politik von oben durchzudrücken. Aufgrund der in den Bundesländern stark differierenden Bedingungen im Gesundheitssektor kann das mit dem Fonds geplante Gießkannenprinzip keinesfalls allen Anforderungen gerecht werden.

47 Jahre CSU-„Diktatur“

Harte Überschrift, zugegeben, aber ist es nicht in etwa so? Die CSU ist in Bayern seit 1961 eine Partei der uneingeschränkten Mehrheit; eine Partei, die gewohnt ist, auf nichts und niemanden Rücksicht zu nehmen; eine Partei, die die Einwände der so genannten Opposition einfach wegwischen kann, da diese ehemals keine Aussichten auf erfolgreichen Widerstand hat; eine Partei, so sollte man daher meinen, die nichts und niemanden zu fürchten hat. Und doch geht nun ein Schreckgespenst für die „Schwarzen“ umher und das heißt „Verlust der absoluten Mehrheit“.



Bild: pixelio.de, Alexander Hauk.

Die sonst so selbstsicher wirkenden „Führungskräfte“ entsinnen sich ob der sinkenden Popularität nun darauf, diejenigen mit Versprechen zu ködern, auf die es alle fünf Jahre ankommt, nämlich die Wähler. Und es ist ja so einfach – die von der CSU Bundestagsfraktion mitgetragene Änderung der Pendlerpauschale soll wieder rückgängig gemacht werden, so wie dereinst das von der CSU-Mehrheit beschlossene Rauchverbot. War bis vor kurzem die CSU noch ein absoluter Ver-

fechter der Grünen Gentechnik, so muss man auf Grund der großen Proteste der Bevölkerung nun auf einmal lesen, dass die CSU umschwenken möchte. Auch das stoibersche Andenken Transrapid wurde auf Grund der großen Protestwelle der Bevölkerung at acta gelegt; die Landesbankaffäre wird einfach totgeschwiegen – wie in einer Diktatur so üblich, man schweigt die Sache aus.

Wahlirrtümer (II)

„Wenn ich ungültig wähle, beeinflusst dies das Ergebnis.“

Richtig ist: Ungültige Stimmen werden nicht anders behandelt als nicht abgegebene Stimmen – sie kommen im Endeffekt den großen Parteien zugute.

Herr Beckstein bekräftigt in einem Interview, dass er von sehr früh morgens bis sehr spät abends mit ganzer Kraft für unseren Freistaat kämpft. Na Gott sei Dank ist er ja so stark nicht, also relativiert sich diese Aussage von selbst. Erwin Huber, wohl wissend, dass die 50 % diesmal verfehlt werden könnten, kippt so langsam aber sicher alle von der CSU mitgetragenen Koalitionsaussagen von Berlin und glaubt allen Ernstes, dass die bayerischen Wähler auch nach 50 Jahren „CSU-Diktatur“ noch nicht gemerkt haben, was Sache ist. Man glaubt immer noch, diesem so unwis-

senden Volk auch den berühmten Besenstiel als CSU-Kandidaten präsentieren zu können und eine absolute Mehrheit sicher zu haben.

Aber, liebe Herren in schwarz, diese Zeiten dürften genauso vorbei sein wie die ruhmreiche Vergangenheit unserer Bayernpartei – aber im Gegensatz zur CSU sind wir auf dem aufsteigenden Ast, denn wir sind: „So wie früher, nur besser“ – was man von den Christsozialen nun weiß Gott nicht behaupten kann.

War doch gar nicht so gemeint...

Wird der Herr Maget von der SPD vielleicht in Anlehnung an die hessische Ypsilanti sagen, weil er in seiner Bilanzpressekonferenz zur vergangenen Legislatur und im Ausblick auf die Wahl jegliche Zusammenarbeit mit den Linken kategorisch ausschloss.

Franz Maget wörtlich „Wir haben mit den Linken nix am Hut“ und dies gelte nicht nur für eine Koalition sondern auch für Duldung. „Bei uns in Bayern niemals“ fügte Maget noch hinzu. Nun, warten wir es einmal ab ob der rote Häuptling zu seinen Worten stehen würde, wenn die Linken tatsächlich das Zünglein an der Waage wären.

Keine Alternative für Bayern (II) – Rot-Grün

Dass Rot-Grün keine Alternative, sondern ein Rezept von gestern ist, zeigt schon der Blick in andere Bundesländer. Nirgends hat eine solche Koalition bis heute überlebt, lediglich in Bremen hat man dieses gescheiterte Experiment neu aufleben lassen. Und in Hessen wird man sich früher oder später mit der umbenannten SED/PDS reanimieren lassen.

Die Erfolge eines SPD/Grüne-Bündnisses sind allgemein rar gesät. Diese Länder sind bekannt für schlechte Schulen, eine hohe Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Sicherheitsprobleme. Auch das rot-grüne München steht für Wohnungsnot, Feinstaubhysterie und Bausünden und die örtlichen Bezirksausschüsse verbieten schon einmal Maibäume und Trachtenaufzüge.

Dem SPD-Spitzenkandidaten Hans Maget glaubt wohl niemand, irgendetwas für unser Land übrig zu haben; und den meisten Grünen kommt das Wort „Bayern“ ohne negativen Unterton schon gar nicht über die Lippen. Im Gegenteil, sie versuchen unter dem Deckmantel der Weltoffenheit und der Liberalität unsere Werte- und Gesellschaftsordnung zur Disposition zu stellen, wie sich jüngst in der Diskussion um Kreuze in öffentlichen Gebäuden zeigte. Gleichzeitig schränken sie die persönliche Freiheit der Bürger immer dort ein, wo es mit dem Umweltschutz oder der Political Correctness begründet werden kann.

Kurz gesagt: Rot-Grün passt einfach nicht zu Bayern!

Erbschaftssteuer auf Länder verlagern

Die Bayernpartei fordert eine Verlagerung der Erbschaftsteuer auf die Länder; sobald dieser Fall sei, solle sie in Bayern ganz abgeschafft werden.



Bild:pixelio.de, Ebelt.

Die Erbschaftssteuer ist derzeit bundesweit gleich hoch und steht doch den Ländern zu. Durch eine unterschiedliche Verteilung des Reichtums ergeben sich erhebliche Diskrepanzen in ihrer Bedeutung: In Westdeutschland macht sie fast 2,5 % der Ländereinnahmen

aus, in Thüringen dagegen weniger als 0,2 %. Wenn die absoluten Zahlen derartige Unterschiede ergeben, entfällt aus Sicht der BP die Rechtfertigung, auf bundesweit identischen Steuersätzen zu beharren. Im Sinne der Subsidiarität und des föderalen Wettbewerbs soll die Regelungskompetenz daher auf die Länder übergehen.

Was Bayern betrifft, könnte Erbschafts- und Schenkungssteuer dann auch ganz abgeschafft werden. Zwar entfielen dann 3 % der Einnahmen des Freistaats, aber eben auch ein enormer Verwaltungsaufwand. Zudem ist die Steuer alles andere als gerecht. Immer mehr Vermögen soll – in der Regel aus gutem Grund – verschont bleiben: Das Eigenheim, der Hausrat, landwirtschaftliche Güter, Kunstgegenstände, mittelständische Betriebe und vieles mehr.

Durch geschickte Gestaltung lässt sich durch Ausnutzung verschiedener Freibeträge und Vergünstigungen die Steuerpflicht – gerade auch bei großen Vermögen – soweit umgehen, dass mancher Experte unter vorgehaltener Hand bereits feststellt, dass „nur noch die Dummen und die ganz besonders Ehrlichen überhaupt zahlen“.

Daneben ist aber auch nicht einzusehen, dass jemand, der sich ein Vermögen erwirtschaftet hat, dieses nicht an seinen Ehegatten oder seine Kinder weitergeben soll. Schließlich wurde dies alles als Einkommen schon doppelt und dreifach versteuert.

Hier wäre es die Sache der Politik, durch eine mutige Entscheidung die Gerechtigkeit wiederherzustellen.

7 Bezirke – 7 Spitzenkandidaten Für Sie in den Landtag



Florian Weber, Stimmkreis Rosenheim-West, Spitzenkandidat Oberbayern
44 Jahre, Geschäftsführer eines medizinischen Fortbildungsunternehmens
Landesvorsitzender der Bayernpartei

„Im Zuge der Globalisierung gewinnt das Prinzip der Subsidiarität immer mehr an Bedeutung. Entscheidungen sollen vor Ort fallen und nicht einheitlich vorgegeben werden. Überall in Europa, sogar in klassischen Zentralstaaten wie Frankreich und Großbritannien gibt es immer stärkere regionalistische Bewegungen - einzig in Deutschland ist dieses Prinzip markant unterentwickelt.

Dabei erfüllt es die Demokratie doch erst wirklich mit Leben: Nur so können die Bürger aktiv über ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden. Geben wir den Regionen und damit den Menschen ihre Selbstbestimmung zurück!“



Peter Fendt, Schwaben
57 Jahre, Unternehmer

„Als Mittelständler in der Tabakbranche habe ich, genau wie viele Wirte, die Umsatzrückgänge in Folge des Rauchverbots selbst erlebt (ca. 40 %).

Daneben setze ich mich für eine Reform unseres Steuersystems ein.“



Anton Maller, Niederbayern
51 Jahre, Molkereimeister

„Gerade hier in Niederbayern sieht man, dass es auch bei uns ärmere Regionen gibt. Darum kann ich nicht verstehen, warum der Freistaat trotzdem

Milliarden an den Osten zahlt. Subsidiarität muss auch heißen: Hilfe nur zur Selbsthilfe!“



Rudi Puckl, Oberpfalz
62 Jahre, Berufsschullehrer

„Seit meiner Geburt bin ich familiär mit der Bayernpartei verwurzelt. Ich bin Vater zweier Töchter, beruflich als Schlossermeister und Gewerbefachlehrer tätig.

Meine Freizeit verbringe ich im Dienste der BP oder auf dem Sattel meines Motorrads.“



Uwe Hartmann, Unterfranken
45 Jahre, Mitarbeiter beim BRK

„Genau wie in meinem Beruf beim Roten Kreuz möchte ich auch in der Politik für die Menschen da sein. Ich stehe für die Bewahrung von Dialekt und

Brauchtum in Franken und letztendlich für ein autonomes Franken in einem freien Bayern.“



Daniel Schütz, Oberfranken
77 Jahre, Rentner

„Als Urgestein der BP freue ich mich, dass sich immer junge Menschen mit unseren Zielen identifizieren können. Ich habe selbst das NS-Regime noch erlebt und weiß, wie gefährlich großdeutsche, zentralistische Ideologien waren und sind.“



Benjamin Mair, Mittelfranken
25 Jahre, Student (Umwelttechnik)

„Ich möchte die basisdemokratischen Strukturen und die Grundsätze der Bayernpartei zum Wohle der Bevölkerung im Landtag vertreten und die kulturellen Eigenheiten der Regionen stärken - gerade auch für kommende Generationen.“

Eigenstaatlichkeit! Warum eigentlich?

Warum fordert die BP die Eigenstaatlichkeit Bayerns?

Als die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, war eine der Voraussetzungen für den Beitritt Bayerns, dass nach einer Veränderung des Bundesgebiets durch die Wiedervereinigung mittels eines Volksentscheids erneut darüber abgestimmt werden muss, ob Bayern weiterhin in diesem Bundesstaat verbleiben will. Diese dem bayerischen Volk versprochene Abstimmung hat immer noch nicht stattgefunden.

Wahlirrtümer (III)

„Die Zweitstimme ist die wichtigere.“

Richtig ist: Bei der Landtagswahl zählen die Erststimmen - im Gegensatz zur Bundestagswahl - genauso viel wie die Zweitstimmen. Geben Sie darum bitte auch die Erststimme Ihrem Bayernpartei-Kandidaten vor Ort.

Eine diesbezügliche Klage der Bayernpartei vor dem Bundesverwaltungsgericht Anfang der Neunziger Jahre wurde als unbegründet abgewiesen. Es habe sich nicht um die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern lediglich um den Beitritt der ehemaligen DDR zum Staatsgebiet der BRD gehandelt. Ein Hauptziel der BP bleibt, diese

Entscheidung herbeizuführen.

Die bayerischen Steuerzahler zahlen an den Bund und an andere Bundesländer jährlich etwa 16.000.000.000 Euro mehr ein, als nach Bayern wieder zurückfließt. Die „Mitgliedschaft“ Bayerns im Bund kostet also jeden unserer Bürger ca. 1.300 Euro im Jahr.

Dennoch ist der Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland noch immer derart hoch, dass zeitliche Rahmenseetzungen zur Erreichung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts schlicht unseriös sind. Fast täglich kommt ein neuer Sparvorschlag aus Berlin, aber alles ist nur Stück- und Flickwerk!

Dabei wäre Bayern weder finanziell noch politisch auf die Bundesrepublik angewiesen. Die Wirtschaftskraft, das Steueraufkommen und die Sozialabgaben liegen teils weit über dem Bundesdurchschnitt. Bayern hat eine moderne Verfassung und eigene Gesetzgebungsorgane. Es wäre gemessen an seiner Bevölkerung der neuntgrößte Staat innerhalb der heutigen EU und wirtschaftlich gesehen einer der bedeutendsten Staaten in Europa.

Auch politisch hätte die Eigenstaatlichkeit Bayerns Vorteile: Die Bayerische Staatsregierung könnte Ihre Politik auf die Bedürfnisse ihrer Bürger abstim-

men, ohne ständig Rücksicht auf Bundeszwänge nehmen zu müssen. Auf europäischer Ebene wäre Bayern ein vollwertiger Partner innerhalb der EU. Im EU-Parlament wären nach heutigem Stand 24 Parlamentarier aus Bayern vertreten, Bayern hätte einen EU-Kommissar und wäre damit in Kommission und Ministerrat voll stimmberechtigt.



Bild: pixelio.de, Schmuttel.

Wie könnte ein unabhängiger Freistaat Bayern nach den Vorstellungen der BP aussehen?

Die Bayernpartei fordert für Bayern eine wahrhaft demokratische Staatsform und ein demokratisch vom Volk legitimiertes Staatsoberhaupt sowie die Schaffung eines Gesetzes zur bayerischen Staatsangehörigkeit. Sie bekennt sich gleichzeitig auch zu Art. 8 der Bayerischen Verfassung, der den in Bayern lebenden Deutschen die gleichen Rechte und Pflichten zusichert wie den bayerischen Staatsangehörigen.

Nach Ansicht der Bayernpartei

sollte ein unabhängiges Bayern wirklich subsidiär und föderativ aufgebaut sein. Das bedeutet, dass jede politische Ebene weitgehend autonom für die Belange ihrer eigenen Bewohner zuständig ist. Zudem sollte der Basisdemokratie mehr Raum gegeben werden. Den Ergebnis-

sen von Volksentscheiden ist auf jeder Ebene Vorrang einzuräumen.

Die nach der Sezession frei werdenden Steuermittel (oben erwähnte 16 Mrd. Euro) könnten z. B. für Steuersenkungen, zur Familienförderung, für eine

bessere Bildung unserer Kinder, zur weiteren Erforschung regenerativer Energien und für eine ausgewogene Sozialpolitik verwendet werden.

Näheres dazu erfahren Sie auch in unserem Grundsatzprogramm.

Keine Alternative für Bayern (III) – Freie Wähler

In der Kommunalpolitik kommt es viel auf die Personen, weniger auf politische Überzeugungen an. Und so findet man bei den Freien Wählern viele ehemalige CSU-Politiker, die mit dieser nicht mehr zufrieden waren, die sich mit innerparteilichen Konkurrenten zerstritten haben oder die einfach nicht mehr aufgestellt wurden. Aber nicht nur aus der CSU, sondern auch aus praktisch allen anderen Parteien kommen die Kandidaten der Freien Wähler.

Eines kann man daraus leicht schließen: Mit Überzeugung ist bestimmt keiner dabei. Was vor Ort vielleicht nicht schlecht ist und manchmal eben zu – im wahrsten Sinne des Wortes – unparteiischen Lösungen führt, ist in der Landespolitik einfach unbrauchbar. Wenn die Bürger einen Politiker in den Landtag wählen sollen, dann müssen sie vorher wissen, wofür er steht.

Bei den Freien Wählern weiß man allenfalls, wofür einzelne Personen stehen. Die Partei an sich vertritt aber keine festen Positionen, schon gar nicht landesweit. Auf die Frage, wie seine Partei denn zum Rauchverbot stünde, hat ein FW-Funktionär sinngemäß erklärt:

„Das ist in jedem Dorf anders. Ich kann Ihnen sagen, was ich davon halte, aber dafür würden die mich möglicherweise auf der nächsten Kreisvorstandssitzung köpfen.“

Folgerichtig hat auch ihr Vorsitzender Aiwaner erklärt, prinzipiell für jede Koalition zur Verfügung zu stehen - eine wirkliche Alternative hört sich anders an.

Kurz gesagt: Keine Visionen, kein Programm!

Das Grüne an der Gentechnik

„Grüne Gentechnik“ – das hört sich eigentlich richtig positiv an. Mit „grün“ verbinden wir – wegen oder trotz der gleichnamigen Partei – Umweltfreundlichkeit, Naturbelassenheit und Gesundheit. Das mag wohl auch der Grund sein, warum sich der Begriff der „Grünen Gentechnik“ mittlerweile etabliert hat.

Über eines kann die Betitelung

aber nicht hinwegtäuschen: Die Menschen wollen kein gentechnisch verändertes Essen, sie haben Angst davor. Ob diese Angst nun begründet ist, sollen Forscher entscheiden und nicht die Politik.

Aber die Politik muss die Vorbehalte der Menschen akzeptieren und ihre Entscheidungen respektieren. Wer unbedingt

gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen will, hat jedes Recht dazu. Aber umgekehrt muss auch die große Mehrheit derer, die sich gerade davor schützen wollen, respektiert werden.

Das verhindert aber die eindeutige Rechtslage: Mit Abstandflächen von 150 bis 300 Metern kann niemand ernsthaft behaupten

12 - Landtagswahl 2008

ten, konventioneller Anbau sei gegen Verunreinigung durch Gen-Pollen geschützt. Schließlich überbrücken die befruchtenden Insekten problemlos mehrere Kilometer. Und wer kann ernsthaft der Meinung

sein, dass genveränderte Samen „unter sich bleiben“, wenn neuerdings sogar der Sahara-Sand zur mitteleuropäischen Feinstaubbelastung beiträgt? Die Bayernpartei will den Men-

schen keine Angst vor dem (angeblichen) Fortschritt machen, sie aber mit ihren Bedenken ernstnehmen. Und sie will ihnen die freie Entscheidung belassen – gerade in Fragen, die ihre Gesundheit angehen!

Keine Alternative für Bayern (IV) – Die Linke

Zugegeben, es ist riskant, dass wir hier von der „Linken“ schreiben. Schließlich weiß jetzt noch niemand, wie die Partei bis zur Landtagswahl heißen wird. Aus SPD und KPD wurde die SED, daraus die SED/PDS, bis man den ersten Teil fallen ließ und eine Zeitlang nur noch die PDS war. Dann gefiel der Name doch nicht mehr und man wurde zur Linkspartei, um sich nach dem Anschluss der WASG nun „Linke“ zu taufen.

Ihrer Programmatik ist die Partei freilich noch unter jedem Tarnnamen treugeblieben: Sozialismus! Von persönlicher Freiheit, Leistungsprinzip, Föderalismus und Wettbewerb hält man gar nichts. Lediglich die Ablehnung der Demokratie formuliert man mittlerweile etwas vorsichtiger. Schließlich will man Mauer und Kolchosen ja

gar nicht mehr unbedingt, sondern nur einen gleichmacherischen Wohlfühlstaat ohne persönliche Verantwortung.

Dass all diese Grundsätze überall auf der Welt und zu allen Zeiten immer wieder gescheitert sind und Armut, Unfreiheit, Gewalt, Unterdrückung und Chaos hervorgebracht haben, wird geflissentlich übersehen. Und auch die Milliarden, die seit der Wiedervereinigung für den Aufbau Ost, sei es über den Solidaritätszuschlag, Fördergelder, Sonderfonds oder über den Ausgleich der Kranken- und Sozialkassen geflossen sind, waren offensichtlich noch nicht genug an Lehrgeld für manche Unbelehrbare.

Kurz gesagt: Ideen von gestern für die Diktatur von morgen!

Unser Weltbild

Der Bayernpartei geht es in allem um die Achtung, den Schutz und die Förderung des einzelnen

- ◆ in seiner Würde
- ◆ in seiner Freiheit
- ◆ in seinem Anspruch auf Gerechtigkeit
- ◆ in seinem Anspruch auf Sicherheit

Die Bayernpartei ist davon überzeugt, dass diese Ziele nur in einem föderativ aufgebauten Staat verwirklicht werden können. Was die kleinere Einheit bewältigen kann, darf die nächsthöhere nicht an sich reißen.

Die Bayernpartei tritt daher ein

- ◆ für einen selbständigen bayerischen Staat in einem europäischen Staatenbund
- ◆ für einen föderativen Aufbau des Staates von unten nach oben.



Neues zur Pendlerpauschale

Mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Regelung zur Pendlerpauschale scheint die CSU den Nerv vieler Wähler getroffen zu haben. Michael Glos und Co. ernten breite Zustimmung im Volk, vor allem von den Menschen, die das zweifelhafte Vergnügen haben, weniger als zwanzig Kilometer zur Arbeitsstelle zurücklegen zu müssen.

Wahlirrtümer (IV)

„Wenn ich nicht wählen gehe, bekommen die Parteien weniger Geld.“

Richtig ist: Alle größeren Parteien bekommen bundesweit zusammen 133 Mio. Euro pro Jahr. Die Zahl der Stimmen beeinflusst nur die Frage, wie dieses Geld verteilt wird, die Gesamthöhe bleibt stets dieselbe. Die etablierten Parteien bekommen nur dann weniger Geld, wenn eine kleinere Partei wie die Bayernpartei mindestens 1,0 % bei den Landtagswahlen erringt.

Die Bayernpartei jedoch erinnert daran, dass CSU-Chef Huber noch im letzten November dafür plädierte, die Regelung bei der Pendlerpauschale beizubehalten. Huber bekräftigte damals den Willen der Union, an der Kürzung festzuhalten und war außerdem fest davon überzeugt, dass das Gesetz verfassungskonform sei. Tatsächlich hat aber der Bundesfinanzhof schon im Januar die willkürli-

che Kürzung der Entfernungspauschale als verfassungswidrig befunden und die Angelegenheit an das Bundesverfassungsgericht überwiesen. Wegen der im Grundgesetz verankerten Grundsätze der Gleichbehandlung und des Prinzips der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit geben Experten dem Finanzhof recht und erwarten vom Verfassungsgericht ein gleichlautendes Urteil.

Warum nun der Sinneswandel bei der CSU? Natürlich wegen des Wahlkampfes, sie fürchtet um die absolute Mehrheit und braucht dringend populäre Themen. Es kommt ihr auch höchst entgegen, dass das Urteil der Verfassungsrichter erst nach den Landtagswahlen erwartet wird. In bewährter Manier greift die CSU nun diesem Urteil vor, um die Pendlerpauschale für den Landtagswahlkampf zu instrumentalisieren. Sie rechnet also mit der Naivität der bayerischen Wähler und will suggerieren, dass eine Änderung nur mit der CSU zu erreichen ist.



Bild: pixelio.de, Marco Barnebeck.

Dazu ein Tipp der (echten) Bayernpartei: Lassen Sie sich von der CSU nicht für dumm verkaufen. Aufgrund der Gesetzeslage wird das Verfassungsge-

richt noch heuer den Gesetzgeber dazu auffordern, die Kürzung zurückzunehmen. Eine Änderung bei der Pendlerpauschale kommt also sowieso, ob mit oder ohne CSU-Gepolter. Beckstein, Huber und Glos würden sich nur die Hände reiben, sollten Sie, liebe Bayern, auf den CSU-Taschenspielertrick hereinfliegen.

Bauernopfer

Die hehren Worte vom CSU-Parteitag sind kaum verklungen, da lässt man 2000 Bauern in ihr Verderben laufen. Anständige bayerische Bürger, welche im Vertrauen auf die Politik in Biodiesel investiert haben und jetzt, so wie es aussieht, alles verlieren.

Erst hat die Bundesregierung mit ihrem CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos vorzeitig die Steuerbefreiung für Biodiesel abgeschafft, dann wurde Biosprit auf einmal für den Hunger in der Welt verantwortlich gemacht.

Wieder einmal die schon von Rauchverbot, Transrapid und Gesundheitspolitik hinlänglich bekannte Rolle Rückwärts der CSU - scheinbar beherrschen sie nur diese eine Turnübung.

Bleibt es dabei, dann brauchen sich die Herren Beckstein, Huber und Glos über eine gescheiterte Watschn am 28. September nicht zu wundern.

Keine Alternative für Bayern (V) – Die FDP

Waren das noch Zeiten, als Guido Westerwelle seine Schuhsohlen als Wunschzettel missbrauchte und darauf Visionen von 18 % Stimmenanteil verewigte. Ganz so jovial und überheblich gibt man sich heute nicht mehr, die Partei wäre derzeit schon froh, wenn sie die Fünfprozenthürde überwinden und dann der CSU dabei Schützenhilfe leisten könnte, ihre Machtstellung zu verteidigen.

Momentan pflegt die FDP auch wieder weniger das Image der Spaßpartei, sondern stellt sich lieber als Steuersenkungspartei dar - das wurde auch langsam Zeit, denn in den 30 Jahren, in denen sie regiert hat, war davon nicht viel zu spüren: Der Mindestsatz der Einkommensteuer für Geringverdiener stieg von 19 auf 25,9 %, die Mehrwertsteuersätze kletterten von 5,5 bzw. 11 % auf 7 bzw. 15 %. Gleichzeitig vervielfachte sich die Bundesschuld von umgerechnet 30 Mrd. Euro im Jahr 1968 auf unglaubliche 743 Mrd. zum Ende der Kohl-Regierung 1998.

Und viel freiheitliches Gedankengut kann sie auch in den Ländern meist sowieso nicht durchsetzen: Die FDP ist in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an den Landtagsmehrheiten beteiligt und segnet ohne schlechtes Gewissen gängelnde Rauchverbote, Kürzungen im Bildungsbereich, an Hysterie grenzende Waffenverordnungen und verfassungswidrige Online-Durchsuchungen ab - und macht trotzdem mit genau diesen Themen in Bayern Wahlkampf.

Aber vielleicht setzen wir auch die falschen Maßstäbe an: Liberalismus bedeutet für die FDP ja längst nicht mehr, die Freiheit des einzelnen zu verteidigen. Liberal ist einfach der, der keine Meinung hat und sein Fahnderl nach Bedarf in den Wind hängt, um auch ja koalitionsfähig zu bleiben – und das kann die FDP.

Kurz gesagt: Die Spaßpartei des Wischi-Waschi-Liberalismus.

Im Zweifel verdächtig

Und, wie halten Sie es mit den Fingerabdrücken? Im neuen Personalausweis sind sie ja keine Pflicht – im Gegensatz zum Reisepass. Aber welchen rationalen Grund gibt es denn, sie nicht drauf haben zu wollen? Oder stehen Sie vielleicht mit ein paar ungeklärten Kriminalfällen in Verbindung?

Haben Sie den Bundestrojaner schon auf Ihrem PC installiert? Warum nicht? Schon wieder was zu verbergen? Wer nur ein paar private E-Mails schreibt und ab und zu „onlineshoppt“, hat doch wirklich nichts zu befürchten. Oder bekommen Sie

etwa geheime Instruktionen aus afghanischen Höhlen und suchen nach den neuesten Bombenbasteleien?



Bild: pixelio.de, 110stefan.

Wir hätten übrigens eine ganz neue Sicherheitstechnologie: Der persönliche Chip im Hand-

gelenk, mit dem jederzeit Ihr Aufenthaltsort festgestellt werden kann. Nur für den Notfall, natürlich. Das klappt mit der Handy-Ortung doch auch wunderbar. Und wir wollen ja nicht, dass Sie uns verloren gehen...

Fühlen Sie sich jetzt in die Enge getrieben? Hoffentlich, denn so weit von der Realität sind solche Szenarien nicht entfernt. Und das Schlimme ist: Sie werden im wesentlichen von allen etablierten Parteien unterstützt.

Zwar schreien die Grünen gern einmal etwas von Bürgerrechten und Überwachungsstaat, aber

16 – Bayern hat die Alternative: Bayernpartei

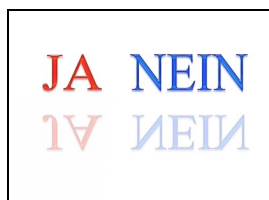
Liebe Leser, Sie haben nun einen profunden Einblick in die Bayernpartei gewonnen. Wenn Ihnen zumindest Teile unserer Programmatik zusagen, dann geben Sie uns bitte Ihre Stimmen bei Landtagswahl am 28. September. Auch wir werden nicht alles richtig machen, aber wenigstens haben wir dann die Chance, unsere Ideen für Bayern zu äußern und manches zu ändern!

Und wenn wir an der Macht sind, dann werden es trotzdem nicht nur wir sein, die etwas zu entscheiden haben, sondern Sie alle:

Mehr Mitbestimmung

„Das Volk tut seinen Willen in Wahlen und Abstimmungen kund“, heißt es in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz übereinstimmend. Aber wo wird der Wille der Menschen denn wirklich beachtet? Sie dürfen alle vier, fünf oder sechs Jahre ihre Repräsentanten wählen, aber das war es dann auch schon mit dem Wahlrecht.

Direkt gewählt werden Amtsträger, von Bürgermeistern und Landräten abgesehen, ohnehin nicht. Volksentscheide führen ein absolutes Schattendasein in der politischen Entscheidungsfindung – und das, obwohl die Bayerische Verfassung einst als beispiellos basisdemokratisch gerühmt wurde.



Die Bayernpartei möchte den Bürgern wieder mehr Mitspracherechte geben: Die Hürden für Volksentscheide und Bürgerbegehren müssen

deutlich gesenkt werden. Wenn schon bei Wahlen, für die die Regierung, sämtliche Parteien und Medien monatelang werben, kaum die Hälfte der Bürger an die Urnen geht, wie soll es dann funktionieren, 10 % der Wähler innerhalb von nur zwei Wochen dazu zu bewegen, sich in gemeindliche Listen

Postvertriebsstück B 4962 - Gebühr bezahlt
Freies Bayern - Bayernpartei B 4962



einzutragen? Eine solche Mammutaufgabe können nur die großen Parteien mit enormem Finanz- und Personalaufwand bewältigen.

Hinter solchen Regelungen steckt nur ein tiefes Misstrauen der Parteien gegen die Menschen. Dieses Misstrauen kann die BP unmöglich teilen: Die Wähler sind kein emotionsgesteuertes Stimmvieh, das jederzeit für die haltlosen Versprechungen des nächstbesten Populisten zu haben wäre.

Gegen die grassierende Politikverdrossenheit wäre das beste Mittel, die Menschen in politische Entscheidungsprozesse wieder verstärkt einzubinden. Vertrauen wir uns selbst einfach mehr!

Impressum:

„Freies Bayern“
Sonderausgabe Landtagswahl 2008
www.freiesbayern.de
post@freiesbayern.de

Herausgeber:
Bayernpartei e.V.
Untere Weidenstr. 14
81543 München
Tel.: 089 / 651 80 51
Fax: 089 / 654 259
www.bayernpartei.de

Mitarbeiter der Redaktion:
Florian Weber, Max Zierl,
Thomas Hummel

Photos:
pixelio.de, Th. Hummel,
Melanie Biedermann, privat.

„Freies Bayern“ und die enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Namen oder Kürzel versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt zugesandte Manuskripte, Datenträger und Bilder wird keine Haftung übernommen.

Der Bezug des Freien Bayern ist für Mitglieder der Bayernpartei im Jahresbeitrag eingeschlossen. Einzelpreis: 1,50 Euro

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 30. September 2008